

# Nur die Baselbieter Regierung schweigt

Basler und Solothurner wehren sich gegen Atomlager – ganz anders die Baselbieter Regierung

MICHAEL ROCKENBACH

**Die Suche nach Atommülldeponien kommt in eine entscheidende Phase. Der Bözberg und das Zürcher Weinland am Rhein gelten als bevorzugte Standorte. Die Basler Regierung warnt vor möglichen Gefahren für die Bevölkerung, der Baselbieter Regierungsrat unternimmt noch immer gar nichts.**

Der Entscheid wurde lange erwartet, jetzt steht er kurz bevor: Im Februar will der Bundesrat das weitere Vorgehen bei der Suche nach Atommülllagern festlegen. Den Entscheid glauben das Bundesamt für Energie und die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) bereits zu kennen. Nach der aufwendigen Vernehmlassung gehen sie davon aus, dass sich der Bundesrat an ihre Vorschläge halten wird. Das würde Folgendes bedeuten:

- > Die Nagra erhält den Auftrag, bis im Herbst mögliche Standorte zu nennen. Geplant sind ein Endlager für hochaktive Stoffe und ein Langzeitlager für mittel bis schwach aktive Stoffe. Beide Lager könnten auch am gleichen Standort gebaut werden.
- > Beim weiteren Auswahlverfahren wirken die möglichen Standortregionen, -kantone und -gemeinden in Arbeitsgruppen mit. In Sicherheitsfragen werden sie von einem Gremium aus Fachleuten unterstützt. Die Bildung dieses Gremiums war eine der Hauptforderungen der Kantone in der Vernehmlassung.
- > Die Lager sollen auch den Müll neuer Atomkraftwerke aufnehmen können, die noch vor den Deponien bewilligt werden. Das ist eine Konzession an die atomfreundlichen Kantone, allen voran an den Aargau. Ursprünglich wollte der Bund die Lager nur für die Abfälle der jetzigen AKW bauen.

**BÖZBERG POLITISCH IDEAL.** Absehbar ist auch die Auswahl der möglichen Standorte. Nach Ansicht der Nagra ist der Atommüll im Opalinuston am sichersten aufgehoben. Vorhanden ist dieses Gestein im Zürcher Weinland, am Jurasüdfuss östlich von Solothurn und am Bözberg. Laut Nagra ist das Weinland aus technischer Sicht ideal. Der politische Widerstand ist dort allerdings gross, wie die Zürcher Regierung in mehreren Stellungnahmen unmissverständlich klarmachte.

Deutlich moderater gab sich die Aargauer Regierung. In der Vernehmlassung forderte sie vor allem, dass die Kantonsvertreter beim Auswahlverfahren möglichst viel zu sagen haben. Begründung: Den Standortentscheid könne die Kantonsregierung gegenüber dem Volk «nur dann glaubwürdig vertreten, wenn sie daran mitgewirkt hat». Wegen solcher Aussagen sind Energiepolitiker im Bundeshaus überzeugt, dass der Aargau zumindest politisch der ideale Standort für Atomlager wäre. «Im Aargau ist die Akzeptanz sicher grösser als anderswo», sagte zum Beispiel die Zürcher CVP-Nationalrätin Kathy Riklin der baz schon vor einem Jahr.

**BASEL IST ALARMIERT.** Ein Atomlager am Rande der Region Basel am Bözberg oder am Rhein im Zürcher Weinland – für die Basler Regierung ist das ein beunruhigendes Szenario. «Wir können nicht ausschliessen, dass ein Endlager unsere Bevölkerung gefährdet. Deshalb wehrt sich die Regierung gegen den Bau», sagt André Hermann, Leiter Gesundheitsschutz, der die Stellungnahmen der Basler Regierung vorbereitet hat. Seine Befürchtung: Die Fässer könnten aufquellen und leckschlagen. Die Folgen wären unabsehbar, auch für Basel, sagt Hermann: «Schlimm wäre vor allem eine schleichende Ver-

strahlung des Rheins.» Ihre Bedenken hat die Basler Regierung dem Bund mehrfach mitgeteilt, zuletzt am 18. Dezember, in der dritten und letzten Vernehmlassungsrunde.

Anders die Baselbieter Regierung. Sie liess auch die letzte Möglichkeit ungenutzt, in Sachen Atommüll Stellung zu beziehen. In der Anhörung vom Dezember meldete sich aus Liestal erneut nur die Baudirektion beim Bundesamt für Energie. Die Planung eines Endlagers stehe in keinem Widerspruch zur kantonalen Richtplanung, liess sie lapidar verlauten. Schon bei der Anhörung vom April 2007 hatten die Baselbieter nicht viel zu sagen. Die Sicherheit müsse bei der Standortauswahl oberste Priorität haben, stellte die damalige Baudirektorin Elsbeth Schneider (CVP) fest. Mehr schrieb sie nicht zur Standortauswahl.

**KRITIK AN DER REGIERUNG.** Im Landrat wurde das Schweigen der Regierung scharf kritisiert. Madeleine Göschke, Fraktionschefin der Grünen, wollte wissen, ob die Regierung bereit sei, die Interessen des Kantons in Atomfragen wahrzunehmen. Eine berechtigte Frage. Denn laut Kantonsverfassung müsste die Baselbieter Regierung «darauf hinwirken, dass auf dem Kantonsgebiet oder in der Nachbarschaft keine Atomkraftwerke und (...) Lagerstätten für mittel bis hoch radioaktive Rückstände errichtet werden». In Tat und Wahrheit gilt die Mehrheit der vier Bürgerlichen im Regierungsrat aber keineswegs als atomkritisch. Auch die Nähe zu Stromunternehmen wird nicht gescheut. Finanzdirektor Adrian Ballmer (FDP) war früher Vizedirektor des Stromunternehmens EBM, Baudirektor Jörg Krähenbühl (SVP) ist dort noch immer im Verwaltungsrat.

Ein Dilemma, aus dem sich die Regierung bis jetzt mit formalen Spitzfindigkeiten gerettet hat. Noch gehe es erst um das «Standortauswahlverfahren für die Lagerung der radioaktiven Abfälle», schrieb die Regierung in der Antwort auf die Interpellation der Grünen. «Konkrete Angaben, namentlich was Standorte vorgesehener Anlagen und Massnahmen betrifft», gebe es noch nicht.

Mit dieser Haltung steht die Baselbieter Regierung aber alleine da. Die Solothurner Regierung wehrt sich gleich wie die Basler gegen ein Atomendlager in der Region, während die Aargauer schon mal die Zahlung von Entschädigungen für die Standortkantone anregen. Nur der Baselbieter Regierungsrat scherte sich bis jetzt einen Deut um den Atommüll.

**Zwischenlager.** Noch liegt der Atommüll in Würenlingen. Am Samstag wurden wieder 69 ausgediente Brennelemente dorthin transportiert. Foto Keystone

## Der lange Weg zum ersten Endlager für radioaktive Abfälle

**AUFWENDIGES VERFAHREN.** Bis Ende 2007 hatten die Kantone, Verbände und Parteien insgesamt drei Mal Gelegenheit, zur weiteren Suche nach Atomlager-Standorten Stellung zu nehmen. Bei der letzten Anhörung im Dezember 2007 ging es um die Vereinbarkeit der Pläne für ein Atomlager mit den kantonalen Richtplanungen. In der Nordwestschweiz wiesen die Kantone Basel-Stadt, Aargau und Solothurn darauf hin, dass ein Atomlager negative Auswirkungen auf ihre weitere Entwicklung haben könnte. Als Konsequenz forderten sie möglichst viel Mitsprache bei der weiteren Standortsuche. Die Aargauer Regierung verlangte zudem, dass die Frage

nach der Entschädigung potenzieller Standortgebiete möglichst bald geklärt werde. Einzelne Kantone forderten auch, dass noch weitere Gesteine und Gebiete geprüft werden. Für die Nagra ist der Fall allerdings klar: aufgrund der geringen Durchlässigkeit hat der lokal vorkommende Opalinuston ideale Eigenschaften zur Rückhaltung radioaktiver Stoffe. Den Standort für hoch aktive Abfälle und allenfalls einen weiteren für schwach- bis mittelaktive Abfälle will das Bundesamt für Energie zusammen mit der Nagra bis 2012 bestimmen haben. Die Bewilligung erteilen Bundesrat und Parlament voraussichtlich zwischen 2018 und 2020, das letzte Wort hat im Falle

eines Referendums das Volk. Bereitstehen soll das Tiefenlager bis 2040. Dann sind die zwischengelagerten Brennstäbe aus bestehenden AKW auf die nötigen 100 Grad abgekühlt. Die Lagerung ist aber umstritten. Die Energieunternehmen sind überzeugt, dass Atommüll problemlos endgelagert werden kann. Die atomkritische Energiestiftung bezeichnet die Experten der Nagra als «Science Fiction». Niemand könne garantieren, dass Atommüll Hunderttausende von Jahren sicher gelagert werden könne. Die Stiftung fordert statt einer Endlagerung, die es bis jetzt noch nirgends gibt, eine Langzeitlagerung. rock  
> [www.entsorgungsnachweis.ch](http://www.entsorgungsnachweis.ch)